

12-2019

Ein Ende mit Expansion: Österreich-Ungarns Eroberungen im Ersten Weltkrieg als imperiale Herausforderung

Stephan Lehnstaedt
Touro College

Bachinger Bernhard

Wolfram Dornik

Stephan Lehnstaedt
Touro College

Follow this and additional works at: https://touro scholar.touro.edu/faculty_pubs

Recommended Citation

Lehnstaedt, S. (2019). Ein Ende mit Expansion: Österreich-Ungarns Eroberungen im Ersten Weltkrieg als imperiale Herausforderung. In B. Bernhard, W. Dornik, & S. Lehnstaedt (Eds.), *Österreich-Ungarns imperiale Herausforderungen 1867-1918* (pp. 99–115). Vandenhoeck & Ruprecht.

This Book Chapter is brought to you for free and open access by Touro Scholar. It has been accepted for inclusion in Touro Scholarly Works by an authorized administrator of Touro Scholar. For more information, please contact touro.scholar@touro.edu.

Ein Ende mit Expansion. Österreich-Ungarns Eroberungen im Ersten Weltkrieg als imperiale Herausforderung

Dank der Forschungen von Günther Kronenbitter ist sehr genau bekannt,¹ wie das k. u. k.-Militär in der Zeit vor 1914 vom Krieg träumte und welche Vorstellungen und Hoffnungen es damit verband. Als dann der Erste Weltkrieg ausbrach, stellte sich schnell Ernüchterung ein: Erfolge auf dem Schlachtfeld blieben aus oder konnten nur gemeinsam mit dem deutschen Verbündeten erreicht werden; zugleich waren die Verluste an Menschen und Material hoch, so dass der Krieg keinesfalls die – nicht nur in Österreich-Ungarn – ersehnte Katharsis darstellte und auch keine Festigung des Imperiums mit sich brachte. Im Gegenteil, der anfängliche Burgfrieden erwies sich mit zunehmender Dauer als brüchig.

Aber im Kriegsverlauf erfolgten Annexionen und es gab ein territoriales Ausgreifen auf dem Balkan und in Osteuropa. Das schien endlich der ersehnte Beweis für die Lebens- und Leistungsfähigkeit des eigenen Imperiums zu sein, und diese Wahrnehmung der Eliten wurde natürlich nach außen getragen. 1915 hatte die Doppelmonarchie an allen Fronten Gebiete erobern können, was später ebenfalls in Italien gelang. Das Imperium erwies sich also bis unmittelbar vor seiner Implosion als expansiv – aber man muss wohl von Pyrrhussiegen sprechen, zumindest mit Blick auf die Niederlage 1918. Doch hier soll es weniger um eine ex-post-Analyse gehen, sondern vielmehr um die Frage, welche Ziele sich mit den Annexionen verbanden. Im Folgenden interessieren einerseits die konkreten Erwartungen an ein besetztes Gebiet, andererseits die dort tatsächlich erzielten Resultate einer ‚Nutzbarmachung‘ für die eigenen Zwecke und einer Integration in den Reichsverbund. Es sollen also Anspruch und Wirklichkeit kontrastiert, zugleich aber auch für eine übergreifende Perspektive die Frage gestellt werden, ob sich Expansion für das Habsburgerreich in irgendeiner

1 Günther Kronenbitter, „Krieg im Frieden“. Die Führung der k. u. k.-Armee und die Großmachtspolitik Österreich-Ungarns 1906–1914 (Studien zur internationalen Geschichte, 13), München 2003.

Hinsicht gewissermaßen lohnte beziehungsweise ob sich die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllten.²

Das adressiert drei Aspekte moderner Imperialismusforschung: Erstens die der Herausforderung eines Krieges für ein Imperium. Die Okkupationen sollten in den Augen der Wiener Zentrale zunächst die wirtschaftliche Belastung lindern und die äußere Bedrohung weiter von den ursprünglichen Grenzen hinweg-schieben. Sie waren in dieser Hinsicht als stabilisierender Faktor für das Reich gedacht, aber dafür musste zunächst eine Durchdringung garantiert sein. Zweitens musste die Herrschaft der Differenz innerhalb von wenigen Monaten neu austariert werden, sowohl für die bereits zum Imperium gehörenden Völker als auch für die neu dazugekommenen: Wie umgehen mit den Besetzten, die teils als feindlich, teils als ‚befreit‘ galten? Und lief diese Umgestaltung der Macht-verhältnisse – drittens – auf eine Binnenkolonialisierung hinaus?

Die ersten beiden Aspekte waren zugleich die dringendsten Aufgaben, die sich unmittelbar stellten. Zeitlich über den Krieg hinausreichende Planungen erlauben zwar ebenfalls Aussagen zum imperialen Selbstverständnis, doch diese müssen vage bleiben, weil sie nicht mit der tatsächlichen Entwicklung kontrastiert werden können. Wenn hier exemplarisch die drei Fallbeispiele Serbien, Ukraine und Polen in den Blick kommen, dann ist deren Aussagekraft jedoch aus anderem Grund beschränkt: Die Besatzung blieb eine temporäre Entscheidung. Aber gerade in extremis offenbaren sich Dynamiken, die bei langfristigen Eingliederungsprozessen wie etwa in Galizien zwischen 1772 und 1914 geglättet wurden. Polemisch formuliert zeigt der Erste Weltkrieg – und das gilt nicht nur für die Okkupationen – die Radikalität, zu der Österreich-Ungarn in höchster Not fähig war: Nach 1914 belasteten Militarismus, Bürokratie und Autoritarismus die Menschen viel mehr. Und so brachte der Krieg den Untergang des verklärten Habsburgerreichs auch deshalb, weil die imperialen Herausforderungen eben nur im Frieden und auf friedlichem Wege beherrschbar waren.

In der Rückschau vergrößerten die drei Besatzungen in Serbien, Polen und der Ukraine die Schwierigkeiten der Wiener Zentrale bei der Lenkung des Reichs. Doch den Zeitgenossen schienen sie beinahe zwingend notwendig zu sein: Die Doppelmonarchie litt bereits nach wenigen Monaten an Auszehrung, und in Cisleithanien herrschte während der ganzen Kriegsjahre Mangelernährung.³ Gleichzeitig wuchs der Bedarf an Ressourcen für die Kriegführung, Rüstungsgüter aber auch Soldaten wurden händeringend gesucht. Hochfliegende imperialistische Ambitionen, wie sie etwa Leopold von Andrian im

2 Vgl. als rein ökonomische Perspektive ohne Berücksichtigung der Doppelmonarchie: Peter Liberman, *Does Conquest Pay? The Exploitation of Occupied Industrial Societies* (Princeton Studies in International History and Politics), Princeton 1996.

3 Felix Butschek, *Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Wien 2011, S. 171–179.

Sommer 1914 in Bezug auf Polen vorlegte – zu einem Zeitpunkt, als in Galizien die russische Armee auf dem Vormarsch war – erwiesen sich schnell als wenig relevant,⁴ und zwar aus dem schlichten Grund, dass während der andauernden Kampfhandlungen nicht an abschließende territoriale oder ethnische Neuordnungen gegangen werden konnte. Man beschäftigte sich zwar, gerade in Auseinandersetzung mit Deutschland, durchaus damit – insbesondere die ‚polnische Frage‘ stellte einen permanenten Zankapfel dar –,⁵ aber für die unmittelbare Besatzungspraxis hatte das wenig Bedeutung. Das lag auch daran, dass das Außenministerium in allen eroberten Gebieten wenig einflussreich war und das Militär bei weitem der einflussreichste Akteur blieb; im Unterschied zu Deutschland etablierte Österreich-Ungarn nirgendwo Zivilverwaltungen, sondern setzte stets auf Militärgeneralgouvernements.⁶

Die Varianz in der k. u. k.-Besatzung von Polen, Ukraine und Serbien ist beträchtlich. Der Zeitpunkt der Okkupation, die Behandlung als Feindstaat beziehungsweise als befreiter potentieller Verbündeter oder die geteilte Herrschaft mit Deutschland stellten wesentliche Kriterien für das Verhalten gegenüber Land und Leuten dar – und die Unterschiede beschränken sich nicht auf diese drei Beispiele, sondern ließen sich etwa für Italien oder den südlichen Balkan weiter ausdifferenzieren. Deutlich geringer sind die Gemeinsamkeiten, doch für sich genommen beeinflussten sie die Politik vor Ort mindestens genauso: Alle drei Länder galten zu Beginn ihrer Besatzung als agrarische Überschussgebiete, so dass einerseits die Truppe aus dem Lande ernährt werden sollte, andererseits Lebensmittelexporte in die Heimat zu erfolgen hatten. In Polen und mit Einschränkungen auch in der Ukraine wollte man zusätzlich das Potential an Menschen nutzen, um Soldaten zu rekrutieren; für die feindlichen Serben galt das jedoch nicht. Diese wesentlichen Prioritäten waren die des Militärs, das sich als unbürokratischer und deshalb effizienter Verwalter und alleiniger Garant für eine erfolgreiche ‚Nutzbarmachung‘ inszenieren wollte.⁷ Die Parallelen zum deutschen ‚Land Ober Ost‘, aber auch die Unterschiede zu den

4 Wolfdieter Bihl, Zu den österreichisch-ungarischen Kriegszielen 1914, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* 16/4 (1968), S. 504–530.

5 Vgl. zuletzt etwa Piotr Mikietyński, *Niemiecka droga ku Mitteleuropie. Polityka II Rzeszy wobec Królestwa Polskiego (1914–1916)* (*Studia z historii XX wieku*, 6), Krakau 2009; Achim Müller, *Zwischen Annäherung und Abgrenzung. Österreich-Ungarn und die Diskussion um Mitteleuropa im Ersten Weltkrieg*, Marburg 2001; aus der älteren Literatur: Jan Lewandowski, *Królestwo Polskie wobec Austro-Węgier. 1914–1918* (*Prace Wydziału Humanistycznego. Monografie*, 21), Warschau 1986.

6 Tamara Scheer, *Zwischen Front und Heimat. Österreich-Ungarns Militärverwaltungen im Ersten Weltkrieg* (*Neue Forschungen zur ostmittel- und südosteuropäischen Geschichte*, 2), Frankfurt am Main 2009.

7 Zur Inszenierung und Selbstwahrnehmung als ‚unpolitisch‘ durch Kolonialoffiziere und -beamte: Jürgen Osterhammel, *Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen*, München 2009, S. 113ff.

Zivilverwaltungen des Verbündeten etwa in Polen oder Belgien, verdienten eine eigene Untersuchung.⁸

Serbien

Wie anderswo ernannte der Kaiser für Serbien selbst den Militärgeneralgouverneur, während die in Belgrad amtierende Behörde der Quartiermeisterabteilung des Armeeoberkommandos unterstand. Das Außenministerium am Ballhausplatz, und noch weniger Institutionen der inneren Verwaltung, konnte kaum Einfluss nehmen.⁹ Den auf höchster Ebene gepflegten Vorstellungen eines reichen Bauernlandes, das der Vorgängerstaat zugrunde gerichtet hätte, stand in den Besatzungsverwaltungen auf regionaler Ebene schnell Ernüchterung entgegen. In Serbien herrschte direkt nach dem Einmarsch eine Hungersnot, die einerseits überwunden werden musste, andererseits aber etwa von Seiten Franz Graf Conrad von Hötzendorfs gar nicht als vordringliches Problem angesehen wurde, weil der Hass auf den Kriegsgegner so groß war. Stattdessen hoffte Conrad, dass ähnlich wie in Belgien eine internationale Hilfsaktion die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten könne. Das erwies sich als Wunschtraum, ebenso wie es kaum möglich war, die Besatzungsarmee aus dem Lande zu ernähren – ganz im Gegenteil mussten Lebensmittel aus der Monarchie importiert werden.¹⁰

Nachdem die anfängliche Hungersnot überwunden war, sollte Serbien endlich als Exporteur dienen; einen Umbau der dortigen Verwaltungsstrukturen strebte

-
- 8 Vgl. hierzu jetzt Stephan Lehnstaedt, *Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen. Eine Studie zu den Mittelmächten und zu NS-Deutschland* (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 36), Osnabrück 2017; rein unter ökonomischen Aspekten: derselbe, *Fluctuating between ‚Utilisation‘ and Exploitation. Occupied East Central Europe during the First World War*, in: Jochen Böhrer/Włodzimierz Borodziej/Joachim von Puttkammer (Hg.), *Legacies of Violence. Eastern Europe’s First World War* (Europas Osten im 20. Jahrhundert, 3), München 2014, S. 89–112. Vergleiche der k. u. k.-Besatzungspolitik fehlen weitgehend. Exemplarisch für ausgewählte Aspekte deutscher Okkupation in Ost und West: Reinhold Zilch, *Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg. Die deutsche Besatzungspolitik in Belgien und Russisch-Polen 1914–1918*, Goldbach 1994; Jens Thiel/Christian Westerhoff, *Deutsche Zwangsarbeiterlager im Ersten Weltkrieg. Entstehung – Funktion – Lagerregimes*, in: Christoph Jahr/Jens Thiel (Hg.), *Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert*, Berlin 2013, S. 117–139.
- 9 Tamara Scheer, *Besatzungsregime im Vergleich. Serbiens Wirtschaft unter österreichisch-ungarischer und bulgarischer Herrschaft (1915–1918)*, in: Carola Sachse (Hg.), *„Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum. Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen im Zeitalter der Weltkriege (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert, 4)*, Göttingen 2010, S. 315–339.
- 10 Jonathan E. Gumz, *The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia, 1914–1918* (Cambridge Military Histories), Cambridge 2009, S. 147–155.

das Militärgeneralgouvernement allerdings nicht an. Man setzte jedoch russische Kriegsgefangene ein, um überhaupt Felder zu bestellen. Selbst das blieb ein Tropfen auf den heißen Stein, eine effiziente Ausnutzung im angestrebten Sinne war nicht möglich. Erst im April 1916 trafen nichtmilitärische Fachleute ein, die die Landwirtschaft organisierten. Die Maßnahmen waren einfach: materielle Anreize und Gewaltandrohung. Die Erfolge bei der Ernte 1917 blieben dennoch denkbar schlecht, woraufhin erneut die Preise erhöht wurden – anstatt auf härtere Strafen zu setzen, obwohl es nach wie vor eine Ablieferungsquote gab. 350 Millionen Kronen flossen bis Anfang 1918 nach Serbien zum Zwecke des Lebensmittelankaufs. Der Erfolg war zwiespältig, denn es unterblieb zwar eine weitere Hungersnot, aber Profiteure waren vor allem die nun relativ gesehen gut gestellten Bauern, wohingegen der Export in die Monarchie gering blieb.

Erwähnenswert ist ferner, dass sich die Armee stets über die Heimat stellte und ihre eigene Versorgung als viel wichtiger ansah, selbst gegen andere Auffassungen in Wien.¹¹ Von einer Integration in den Gesamtverbund des Imperiums konnte bei diesem Vorgehen nicht die Rede sein; selbst unter Auspizien einer Politik der Differenz galt Serbien nicht als Teil des Reichs. Die Okkupation diente hier ganz alleine dem Zweck, einen Kriegsgegner auszuschalten und sich, solange die Besatzung erfolgte, ganz traditionell aus dem Land zu ernähren. Deshalb gab es auch keine Nationalitätenpolitik, sondern das genaue Gegenteil davon: Einen rückwärtsgewandten bürokratischen Absolutismus, wie ihn das Imperium der Habsburger seit dem 18. Jahrhundert kannte und wie er in den frühen Regierungsjahren von Franz Joseph eine Erneuerung gefunden hatte.¹² Die Armee gerierte sich also als Alleinherrscherin in ihrem Imperium – das die Doppelmonarchie in dieser Form gar nicht mehr darstellte.

Am Ende lief das alles auf eine doch recht basale Funktionalisierung des eroberten Landes als Lebensmittellieferant hinaus – die mit finanziellen Verlusten einherging. Sie steht außerdem der häufig postulierten, aber selten belegten Behauptung entgegen, wonach sich im Krieg quasi-koloniale Phantasien rassischer Überlegenheit Bahn brachen. Jonathan Gumz hat überzeugend argumentiert, dass der Referenzrahmen der k. u. k.-Armee nicht Kolonialismus war, und dass sie Serbien zwar grundsätzlich irgendwann ins – multinationale – Imperium eingliedern, es aber nicht umformen und in einen kolonialen Vasallenstaat verwandeln wollte. Die Besatzung sollte, wie der Krieg, auf eine be-

11 Gumz, *The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia* (wie Anm. 10), S. 160–170.

12 Vgl. zuletzt etwa den Überblick bei Hans-Hinrich Brandt (Hg.), *Der österreichische Neoabsolutismus als Verfassungs- und Verwaltungsproblem. Diskussionen über einen strittigen Epochenbegriff* (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 108), Wien 2014; siehe außerdem Lothar Höbelt, *Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte*, Wien 2009.

grenzte, von Eliten kontrollierte Weise stattfinden; die Armee wollte sich zuvorderst am Aufbau des Landes und den dort erzielten Ernten messen lassen. Rücksichtslose Massengewalt gegen Zivilisten fand sich nicht im damaligen Denkhorizont. Und so waren die Lebensmittelrationen für Selbstversorger in Serbien – obwohl zu niedrig – zumindest bei Fleisch und Fett sogar höher als diejenigen in Wien. Erst 1918 gab es ein gleiches Niveau. Der imperialen Herausforderung des Weltkriegs begegnete man auf traditionelle Art und Weise.¹³

Polen

Die letzte Feststellung für den Feindstaat Serbien galt in noch weit höherem Maße für das von Russland eroberte Kongresspolen beziehungsweise dessen Teil unter österreichisch-ungarischer Besetzung. Galizien, das durchaus treu zur Monarchie stand, diente lediglich ganz zu Anfang als Bezugspunkt: Man war als siegreicher ‚Befreier‘ gekommen, nicht als Gegner, und verstand sich als Freund der Polen. Entsprechend inszenierte man sich, und gerade in der Rivalität zu Deutschland versuchte man, sich als die bessere Alternative zu präsentieren. Freilich bestanden die tatsächlichen und wahrgenommenen Kriegsnotwendigkeiten fort, und das hieß erneut Nahrungsmangel in der Heimat. Es kam deshalb zu einer Entwicklung, die das Militärgeneralgouvernement Lublin immer weiter weg vom galizischen Vorbild hin in Richtung von Maßnahmen und Praktiken wie in Serbien rückte.

Die Ähnlichkeiten sind, selbst wenn Gewalt gegenüber Einheimischen eine rare Ausnahme blieb, frappierend. Auch in Polen träumte man von einer Kornkammer,¹⁴ und die Gouverneure in Lublin waren lange Zeit damit beschäftigt, Wien beziehungsweise Teschen und später Baden davon zu überzeugen, dass dem keinesfalls so sei. Das ist umso bemerkenswerter, als es durchaus gezielt angeforderte Expertise gab: Wien hatte im Frühjahr 1915 den galizischen Agrarökonom Prof. Kazimierz von Rogoyski ins besetzte Gebiet entsandt, um die lokalen Bedingungen zu untersuchen. Rogoyski berichtete ausführlich und

13 Gumz, *The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia* (wie Anm. 10), S. 234f., 244f. u. 174–176.

14 Bedeutende Industrie gab es nur im Kohlebecken von Dąbrowa, von dem ein Drittel zum Militärgeneralgouvernement Lublin und zwei Drittel zum deutschen Besatzungsgebiet gehörten. Die dortigen Zechen deckten 1915 immerhin 5 % des Kohlebedarfs der Doppelmonarchie; ein Jahr später war die Ziffer auf 4,5 % gefallen, aber das lag auch an den gesteigerten Importen vor allem aus Deutschland. Alleine im Dezember 1916 wurden auf k. u. k.-Seite 110.000 Tonnen Kohle gefördert. Vgl. Lehnstaedt, *Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen* (wie Anm. 8), S. 290–293; zum Traum von der ‚Kornkammer‘ Lehnstaedt, *Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen* (wie Anm. 8), S. 326–329.

publizierte seine Ergebnisse später,¹⁵ wobei er auf die enormen Verwüstungen in Folge der Kampfhandlungen hinwies. Zudem schrieb er über den großen Pferdebedarf in der Landwirtschaft, der allein für die Getreide- und Hackfruchternte auf mindestens 4.000 Tiere zu veranschlagen sei; über den auf unter 20 Prozent geschrumpften Bestand an Milchvieh – 400.000 statt einst fast 2,5 Millionen Tiere –; sowie über die schwierigen Transportbedingungen: Ein Teil der Ernte könne nicht verbraucht werden und drohe zu verfaulen, weshalb es sinnvoll sei, Destillieren zu errichten und insbesondere aus Kartoffeln Schnaps zu brennen.¹⁶ Nach einer zweiten Reise, auf der er die im Sommer 1915 eroberten Gebiete besuchte, fiel Rogoyskis Fazit noch drastischer aus. Er rechnete nun mit einem weiteren Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge, weil das Militär alles Zugvieh sowie die wenigen Maschinen beschlagnahmt hatte, kein Dünger vorhanden und die Bestellung der Felder angesichts der Schlachten nicht erfolgt war. Die beiden ersten Probleme sah er als strukturell an.¹⁷

Immerhin war das Lubliner Gebiet in Friedenszeiten – anders als das deutsche Generalgouvernement Warschau – durchaus in der Lage, sich selbst angemessen zu versorgen.¹⁸ Aber an eine nennenswerte Ausfuhr war schlicht nicht zu denken – zumal Pläne, die Bevölkerung durch internationale Hilfsaktionen versorgen zu lassen, sich erneut als nicht realistisch erwiesen. 1915 begannen die Besatzer dennoch mit einer vollständigen Beschlagnahme der Ernte, nahmen die Saatgutverteilung in ihre Hände und führten außerdem eine Kontingentierung der Lebensmittelversorgung in den wenigen Städten ihres Gebiets ein. Ihren Bewohnern wurden im März 1917 ganze 170 Gramm Mehl pro Tag zugestanden,¹⁹ weshalb es trotz der günstigen Ausgangslage zu Unterernährung kam. Das k. u. k.-Armeeoberkommando billigte Lublin immerhin Ende 1916 einen grundsätzlichen Bedarf an Zugtieren zu und brachte nach und nach 2.000 Ochsen aus dem okkupierten Serbien nach Polen.²⁰

15 Kazimierz von Rogoyski, Beitrag zur jetzigen wirtschaftlichen Lage Polens. Bericht über die in der Zeit vom 19. bis 26. März im südlichen Teile des Königreichs Polen unternommene Reise, Krakau 1915; ders., 2. Beitrag zur jetzigen wirtschaftlichen Lage Polens. Bericht über die in der Zeit vom 19. bis 26. März im südlichen Teile des Königreichs Polen unternommene Reise, Krakau 1915.

16 Archiwum Główny Akt Dawnych Warschau (künftig: AGAD), 312/37. Bericht Rogoyskis, Abschlussempfehlungen, 12. 10. 1915. Vgl. auch Österreichisches Staatsarchiv Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, PA I, Liasse Krieg 11a/918. Bericht Rogoyskis über die Reise vom 19.–26. März 1915.

17 AGAD, 312/216, Bl. 36–52. Bericht Rogoyskis über die Reise vom 23.11.–23.12. 1915.

18 Archiwum Państwowe Lublin (künftig: APL), 242/363, Bl. 11f. Kreiskommando Lublin an Militärgeneralgouvernement Lublin (MGGL), 23. 10. 1915.

19 APL, 242/363, Bl. 11f. (wie Anm. 38), Kreiskommando Lublin an Hauptsammelstelle Mühle Ehrlich, 29.03.1917.

20 APL, 312/231. AOK an MGGL, 29. 11. 1916.

Zeitgleich ging die k. u. k.-Besatzungsverwaltung angesichts des Nahrungsmangels von der Individual- zur Kollektivhaftung der Landwirte über. Explizit ließ die Doppelmonarchie damit die Rücksicht auf Artikel 50 der Haager Landkriegsordnung fallen, der dergleichen verbot. Wien argumentierte, dass das besetzte Gebiet nach der Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916 kein besetztes Feindesgebiet, sondern ein unabhängiger Staat sei, für den die Charta nicht mehr zutrefte. Trotz der Warnungen Lublins, wo Militärgeneralgouverneur Stanisław Szeptycki ein politisches Debakel befürchtete, beharrte Wien auf diesem Vorgehen und ignorierte den Rat der Peripherie.²¹ Die entsprechenden Aufschreie der Bevölkerung ließen nicht lange auf sich warten,²² woraufhin sich Lublin mit großer Offenheit dahingehend rechtfertigte, dass man selbst nicht zufrieden sei, aber nichts machen könne, weil die Armee absoluten Vorrang habe.²³

Die Bauern, die angesichts der Ablieferungspflicht keine ökonomischen Anreize mehr zu einer gesteigerten Ernte sahen, wurden teilweise durch Zwang zur Arbeit auf dem Feld herangezogen. Insbesondere in ländlichen Gegenden war allerdings passiver Widerstand gegen Anordnungen der Besatzer immer wieder zu beobachten und durchaus erfolgreich. Im Juni 1917 meldete etwa das Kreiskommando in Włoszczowa Probleme mit Bauern. Diese weigerten sich mehrheitlich, Pferdegespanne zur Verfügung zu stellen, und flüchteten beim Herannahen der Gendarmerie in die Wälder. Ähnlich war es bei der Erstellung eines Verzeichnisses der Anbauflächen: Die Landbevölkerung gab schlicht keine Auskunft über die ihr gehörenden Grundstücke – weil danach die abzuliefernde Ernte bestimmt wurde –, und entsprechende Register waren nicht vorhanden.²⁴

Weder Deutsche noch Österreicher wollten indes gewaltsame Kollektivstrafen anwenden, zumal die Haager Landkriegsordnung sie explizit verbot. Vor allem aber waren sie – noch – nicht im Denkhorizont der Besatzer etabliert. Lublin reagierte deshalb auf die Aufsässigkeit der Bauern mit Einquartierungen in den betroffenen Dörfern, wo die Truppen dann beherbergt und verpflegt werden mussten. Dies geschah Ende Juli 1917 beispielsweise in den Weilern Żabno, Dragany, Giełczew und Tarnawa, wobei das zuständige Kreiskommando in

21 APL, 312/377. Aktenvermerk des MGGL, 17.02.1917; siehe auch APL, 312/377, Äußerung des Zivillandeskommissariats, 19.02.1917. Wenn es nicht um Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln oder Getreide ging, war das Vorgehen weniger hart und es durften z. B. einheimische Aufkäufer im Auftrag der Besatzer tätig werden: APL, 312/1833. Verordnung des MGGL über die Hirse- und Buchweizenaufbringung, 28.02.1917.

22 Exemplarisch: APL, 312/1833. Eingabe der Landwirtschaftlichen Gesellschaft im Kreis Piotrków, 13.03.1917. APL, 312/1833, MGGL an Kreiskommando Piotrków, 11.04.1917.

23 Ebd., MGGL an Kreiskommando Piotrków, 11.04.1917.

24 APL, 312/1601. Kreiskommando Włoszczowa an MGGL, 27.06.1917.

Krasnostaw über so wenig Soldaten verfügte, dass die Einquartierung in diesen Orten nacheinander stattfinden musste.²⁵

Die hohen Erwartungen an den Export erfüllten sich nicht. 1915 und 1916 konnte zusammen so viel in die Heimat geschickt und von den Einheiten vor Ort verbraucht werden, wie ursprünglich alleine für 1916 für die Ausfuhr vorgesehen war. Man setzte deshalb auf größere ökonomische Anreize und eine teilweise Kooperation mit den Einheimischen. Mit der Schaffung der Ernteverwertungszentrale kontrollierte und koordinierte ab Herbst 1916 in Lublin eine eigenständige Organisation – die freilich nach wie vor unter militärischer Leitung stand – den Kreislauf für die wichtigsten Agrarerzeugnisse. Um die laute Kritik an der fremdbestimmten Politik zu verringern, gründeten die Mittelmächte im Mai 1917 einen polnischen Landwirtschaftsrat, der im Juli auch formal die Ernteorganisation übernahm. Wirklich autonom war diese Organisation aber nicht, denn ein Regierungskommissar beaufsichtigte sie, und ihre einzige Aufgabe war der Getreideaufkauf. Im April 1918 übernahm Lublin wiederum die polnischen Ernte-Organisationen und deren Magazine. Die Polen leisteten gegen diesen Rückschritt auf dem Weg zu einer unabhängigen Selbstverwaltung teilweise starken Widerstand, sodass nicht selten Waffengewalt angewandt wurde, um das Vorgehen durchzusetzen.²⁶

Die Militärs in Lublin waren mit der Verwaltung Polens überfordert. Die hohen Anforderungen, die an sie gestellt wurden, verführten sie zu einer ad-hoc-Vorgehensweise, die ein Hin und Her in der Kooperation mit den Einheimischen, aber auch in davon unabhängigen Politikfeldern zur Folge hatte.²⁷ Deshalb war der wirtschaftlichen Nutzbarmachung trotz enormer Anstrengungen und umfassenden Personaleinsatzes insgesamt nur wenig Erfolg beschieden.

Ganz ähnlich ist das auch für den anderen Bereich zu konstatieren, auf den beide Mittelmächte große Hoffnungen gesetzt hatten: Die Rekrutierung von Soldaten. Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn hatte Józef Piłsudski auf galizischem Gebiet und mit Billigung des Wiener Armeeoberkommandos damit begonnen, eine Freiwilligenformation mit Polen aus dem russischen Teilungsgebiet aufzustellen, weil er so für die Unabhängigkeit seiner Heimat kämpfen wollte. Doch der militärische Wert dieser Truppe war gering – nicht nur wegen der vergleichsweise überschaubaren Anzahl an Soldaten, sondern auch wegen deren mangelhafter Ausrüstung und dem misstrauischen Armeeoberkommando. Vier Tage nach der Proklamation des Königreichs Polen vom 5. November 1916 erging deshalb ein Werbeauftrag für die nun ‚Polnische Wehrmacht‘, was

25 APL, 312/248. MGGL an Kreiskommando Krasnostaw, 22.07.1917.

26 Stephan Lehnstaedt, Das Militärgeneralgouvernement Lublin. Die ‚Nutzbarmachung‘ Polens durch Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 61 (2012), S. 1–26.

27 Ausführlich hierzu auch der Beitrag von Jan Lewandowski in diesem Band, S. 157–170.

eine bewusste Abgrenzung zu den Legionen darstellte. Im Militärgeneralgouvernement Lublin sollten so bis zu 100.000 Männer rekrutiert werden. Doch Erfolge blieben weitgehend aus, und als die Soldaten am 9. Juli 1917 den verlangten Eid auf die beiden Kaiser verweigerten, internierten die Mittelmächte 15.000 von ihnen.²⁸

Das vollkommene Scheitern aller Bemühungen um Soldaten aus Russisch-Polen brachten die Verhandlungen mit der Ukraine Anfang 1918. Sie sahen unter anderem eine Abtretung der bislang polnischen Kreise Chełm und Hrubieszów an den Nachbarstaat vor, und trafen deshalb auf scharfen Protest und riefen Streiks sowie in der Folge beinahe bürgerkriegsähnliche Zustände hervor.²⁹ Das hatte Auswirkungen bis nach Wien, wo die Galizier im Reichsrat die Regierung stürzten; die Okkupation hatte also auch in dieser Hinsicht Auswirkungen auf die Heimat.³⁰

Von dem Frieden mit der Ukraine blieben zudem die verbleibenden polnischen Truppen nicht unbeeinflusst. Am 15. Februar meuterten Soldaten unter dem Kommando Józef Hallers. Das 7. k. u. k.-Armeekommando setzte sie mit Waffengewalt und bei elf Toten fest, während die Angehörigen dreier Kompanien, unter ihnen Haller selbst, zu den Russen durchbrachen. Die anderen wurden entwaffnet, das Polnische Hilfskorps offiziell abgeschafft, 160 Offiziere und 4.700 Soldaten gingen in Gefangenschaft. Lediglich die Teile des polnischen Heeres im Generalgouvernement Warschau, die nicht an der Front standen, blieben von der Auflösung unberührt.³¹ Unter dem Kommando des polnischen Regenschaftsrats dienten ab Herbst 1918 nur 9.000 Mann.

28 Rudolf Hecht, *Heeresergänzung – Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg*, Wien 2010, S. 357–366.

29 AGAD, 312/460. Telegramm MGGL an AOK, 12.02.1918: „Infolge der durch den Friedensschluss mit der Ukraine geschaffenen Lage hat sich des ganzen Landes eine tiefgehende Erregung bemächtigt, welche zu ernstesten Ereignissen führen dürfte. Alle Parteien nehmen geeint Stellung gegen die Monarchie. Heutige lubliner Morgenblätter aller Parteirichtungen bringen mit Umgehung der Zensur fast gleichlautende Brandartikel gegen die Monarchie, welcher Verrat vorgeworfen wird. Die Artikel fordern zum tätlichen Widerstand gegen die Okkupationsregierung auf. In Lublin und Radom heute allgemeiner Generalstreik, welcher bezeichnenderweise von allen Parteien der Rechten arrangiert wird. Großer Demonstrationzug im Gange. Sicherheitsvorkehrungen getroffen.“ AGAD, 312/460. Telegramm MGGL an AOK, 13.02.1918. Siehe auch: Jarosław Cabaj, *Spółczesność guberni chełmskiej pod okupacją niemiecką i austriacką w latach I wojny światowej*, Siedlce (Monografie. Akademia Podlaska, 63) 2006, S. 160–183.

30 Harald Binder, *Galizien in Wien. Parteien, Wahlen, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 29)*, Wien 2005, S. 500f.

31 Hecht, *Heeresergänzung* (wie Anm. 27), S. 247. Monographisch zu Auflösung der Legionen: Mateusz Staroń, *Likwidacja Polskiego Korpusu Posiłkowego w 1918 roku. Losy legionistów po traktacie brzeskim (Komisja Ścigania Zbrodni Przeciwko Narodowi Polskiemu, 90)*, Warschau 2013.

Die Hoffnungen der Mittelmächte auf mehrere hunderttausend Soldaten aus Russisch-Polen erfüllten sich nicht.³² Ganz im Gegenteil erwiesen sich ihre Bemühungen als fruchtlos, die wenigen tatsächlich aufgestellten Einheiten waren militärisch weitgehend bedeutungslos. Das ist umso bemerkenswerter, als die Bündnispartner sich in diesem Bereich, trotz kleinerer Differenzen, erfolgreich abstimmten, gemeinsam vorgingen und ihre Konkurrenz weitgehend überwandten.³³ Indes verstellten ihnen ihre imperialen Ansprüche den Blick auf die Wünsche der Einheimischen. Die Proklamation des Königreichs Polen blieb vor allem ein Mittel, um völkerrechtliche Bedenken in Bezug auf die Rekrutierung von Soldaten auszuhebeln, weniger das ernsthafte Versprechen eines unabhängigen Staats. Die Instrumentalisierung nationaler Kategorien war so offensichtlich – etwa wenn reduzierte Fleischzuteilungen mit dem Bedarf der Legionen begründet wurden –³⁴ dass sie für die Bevölkerung nicht glaubwürdig war. Die Ignoranz sowohl von Deutschland wie von Österreich-Ungarn gegenüber den polnischen Wünschen brachte sie um die substantielleren Beiträge, die ein Verbündeter zum Krieg hätte leisten können.

Ukraine³⁵

Im Falle der Ukraine gab es mit der k. k.-Ukrainischen Legion (später dann Ukrainische Sitschower Schützen, *Ukrains'ki Sičovi Stril'ci*) ebenfalls seit 1914 eine Truppe aus Freiwilligen, die teils aus Galizien, teils aus dem russischen Reich stammten und für die Doppelmonarchie kämpften. Ähnlich wie in Polen war ihre Bedeutung vor allem politischer Natur im Sinne einer Revolutionierung des russischen Teils der Ukraine; militärisch blieben die Einheiten weitgehend bedeutungslos und hatten nie mehr als 5.000 Mann – eine Obergrenze, die allerdings Wien festlegte. 1916 wurde die Truppe in Gefechten stark dezimiert. Man gliederte sie einer unter dem Kommando des Erzherzogs Wilhelm stehenden ‚Kampfgruppe‘ an und setzte sie bis 1918 ein; eine 1917 geschaffene ukrainische

32 Kazimierz Władysław Kumaniecki, *Czasy lubelskie. Wspomnienia i dokumenty* (18. IV. 1916–02. XI. 1918), Krakau 1927, S. 110f.: Chef des Ersatzwesens an Außenministerium Wien, 24.03.1917; Heinz Lemke, Beselers Denkschrift vom 23.07.1916, in: *Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas* 4 (1960), S. 390–400.

33 Exemplarisch: AGAD, 532/45. Auszug aus der „Zusammenstellung der Vereinbarungen zwischen der Deutschen Obersten Heeresleitung und dem k. u. k.-Armeeoberkommando über das Polnische Heer“, o. D. [Herbst 1916]; ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56a/3/1013. Protokoll einer Besprechung zwischen Bethmann Hollweg und Czernin, 06.01.1917.

34 AGAD, 532/8.6. (8.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. Dezember 1916.

35 Siehe zur Ukraine auch den Beitrag von Borislav Chernev in diesem Band, S. 139–156.

Division bestand vorwiegend aus russischen Kriegsgefangenen, aber auch hier war die militärische Relevanz gering.³⁶

In den Herrschaftsbereich der Mittelmächte geriet die Ukraine erst seit Ende 1917. Im Zuge der russischen Revolutionen brachen sich in Kiew Unabhängigkeitsbestrebungen Bahn, was es ukrainischen Vertretern erlaubte, mit Deutschland und Österreich-Ungarn am 8./9. Februar 1918 einen Separatfrieden abzuschließen. Damit war dem Land vergönnt, was polnische Politiker vergeblich anstrebten: Die Anerkennung als eine Art selbständiges Subjekt – zwar nur von Gnaden der Mittelmächte und von diesen unabhängig, aber immerhin. Die Rada hatte das auch deshalb erreicht, weil sie riesige Mengen an Getreide zu liefern versprach.³⁷ Das war so verlockend, dass die beiden Verbündeten – wie oben erwähnt – ihr sogar einen Teil Kongresspolens zusprachen. Das wiederum zerstörte sämtliche bis dato gemachten politischen Fortschritte in den beiden Generalgouvernements Warschau und Lublin.

Deutlich zeigen sich darin die Erwartungen an eine Okkupation, die im letzten Kriegsjahr noch viel mehr als früher auf dringliche wirtschaftliche Bedürfnisse abzielten. Der Hunger in Deutschland und Cisleithanien war so groß, dass die frühere Politik ohne Bedenken über Bord geworfen wurde: Noch 1914 galten die Ukrainer in Galizien als eine Art fünfte Kolonne Russlands, und entsprechend grausam war das Vorgehen etwa wegen Spionageverdacht – wohlgermerkt gegen eigene Untertanen.³⁸ Und selbst wenn man später erfolglos versuchte, die Ruthenen im russischen Reich gegen den Zaren aufzuhetzen, dachte Wien zunächst keinesfalls an deren Eigenstaatlichkeit; einerseits aus Rücksichtnahme gegenüber den Polen, andererseits weil wie dort gänzlich ungeklärt war, wie sich ein ukrainischer Staat zu den Ruthenen in Galizien verhalten könnte.

Und so war es die deutsche Ostpolitik,³⁹ die sich im letzten Kriegsjahr als treibende Kraft erwies, auf die Österreich-Ungarn nur reagieren konnte. Nicht zuletzt stellte sich die Frage der Kooperation mit der Rada in Kiew – und Berlin

36 Timothy Snyder, *Der König der Ukraine. Die geheimen Leben des Wilhelm von Habsburg* [Übersetzung der englischsprachigen Originalausgabe 2008], Wien 2009, S. 128f. Siehe auch Ernst Rutkowski, *Die k. k. Ukrainische Legion 1914–1918* (Österreichische militärhistorische Forschungen, 9/10), Wien 2009 und Hecht, *Heeresergänzung* (wie Anm. 28), S. 366–372, zum Ende der Legion. Grundlegend demnächst der noch unveröffentlichte Aufsatz von Wolfram Dornik, *Zwischen Kaiser-Treue und dem Kampf um Unabhängigkeit. Ukrainer in österreichisch-ungarischen Militärformationen*.

37 Frank Golczewski, *Deutsche und Ukrainer 1914–1939*, Paderborn 2010, S. 323–326.

38 Hannes Leidinger, „Der Einzug des Galgens und des Mordes“. Die parlamentarischen Stellungnahmen polnischer und ruthenischer Reichsratsabgeordneter zu den Massenhinrichtungen in Galizien 1914/15, in: *Zeitgeschichte* 33/5 (2006), S. 235–260.

39 Golczewski, *Deutsche und Ukrainer* (wie Anm. 37), S. 38f und 152–163. Immer noch nützlich ist Peter Borowsky, *Deutsche Ukrainepolitik 1918*. Unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen (*Historische Studien*, 416), Lübeck 1970.

setzte ganz klar auf weitere Expansion und direkte Beherrschung. Die dahinter stehenden Motive waren einmal mehr eindeutig wirtschaftlicher Art, man träumte von Korn und Kohle.⁴⁰ Dies aber war auch ein Ziel für Wien, und Kaiser Karl forderte Feldmarschall Eduard Freiherr von Böhm-Ermolli, den Kommandeur der 2. Armee, ganz direkt dazu auf, den Export von Lebensmitteln zu organisieren: „Die Requirierungen haben rücksichtslos, eventuell mit Gewalt zu erfolgen“.⁴¹ Aber erneut erwiesen sich die Vorstellungen als unrealistische Träume. Weder lieferte die Rada auch nur annähernd die versprochene Menge an Getreide, noch waren die eigenen Soldaten zu derart umfangreichen Beschlagnahmen personell in der Lage.⁴² Ihre Methoden bei der Requisition waren deutlich aggressiver als in Polen, aber nach wie vor wurden konfiszierte Güter grundsätzlich bezahlt. Wien berief am 16. Mai 1918 Böhm-Ermolli ab, weil man mit seinen wirtschaftlichen Ergebnissen nicht zufrieden war und drastischere Maßnahmen forderte.⁴³

Dennoch lag der Fokus im Besatzungsgebiet nach dieser Phase zwangsweiser Aufbringung auf Kooperation – freilich auf deutschen Druck hin und in deren Gebiet mehr als bei Österreich-Ungarn –, weil sich die Okkupanten von ökonomischen Anreizen größere Erfolge versprachen. Dieses hin und her, das Ausprobieren widersprüchlicher Konzepte innerhalb kurzer Zeiträume, war zuvor schon in Serbien und Polen zu beobachten gewesen. Es ist bezeichnend, dass nicht einmal aus mehr oder weniger zeitgleichen eigenen Erfahrungen beziehungsweise Misserfolgen gelernt wurde. Besetzung war nicht strukturiert und langfristig geplant, sondern entsprach ganz weitgehend dem Prinzip von trial and error – und brachte nirgendwo die erwünschten Resultate.

Es gab schlicht zu wenig kompetentes, kenntnisreiches Personal, das entsprechend auf die Gegebenheiten vor Ort vorbereitet gewesen wäre. Das hinderte Böhm-Ermollis Nachfolger Alfred Krauß allerdings nicht daran, im k. u. k.-Be-

40 Wolfram Dornik/Peter Lieb, Die Ukrainepolitik der Mittelmächte während des Ersten Weltkrieges, in: dies./Georgiy Kasianov/Hannes Leidinger/Aleksej Miller/Bogdan Musial (Hg.), Die Ukraine. Zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917–1922, Graz 2011, S. 91–128, hier S. 116f.

41 Zitiert nach: Wolfram Dornik, Verwaltung der ‚Beute‘. Organisatorische Struktur und wirtschaftliche Ausbeutung der Ukraine durch die Mittelmächte 1918, in: ders./Johannes Gießauf/Walter M. Iber (Hg.), Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert, Innsbruck 2010, S. 471–487, hier S. 475.

42 Die Anzahl der Besatzer belegt die Dringlichkeit der wirtschaftlichen Indienstnahme des Landes. Wenn die Soldaten dennoch nicht ‚ausreichen‘, belegt dies einmal mehr den ständigen ‚Menschenmangel‘ der Mittelmächte im Krieg. Für Zahlenvergleiche mit anderen Besatzungen und zum theoretischen Hintergrund: Jürgen Osterhammel, Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen, München 2009, S. 70f.

43 Dornik, Verwaltung der ‚Beute‘ (wie Anm. 41), S. 477. Siehe auch ders./Peter Lieb, Die wirtschaftliche Ausnutzung, in: dies./Kasianov/Leidinger/Miller/Musial (Hg.), Die Ukraine (wie Anm. 40), S. 281–323.

satzungsgebiet eine Politik zu betreiben, die sich von Deutschland bewusst absetzte und auf eine Zwei-Staaten-Lösung abzielte: Krauß verfolgte die Idee, die Ukraine zwischen den Mittelmächten aufzuteilen, um damit ungehinderten und alleinigen Zugriff wenigstens auf die südlichen Landesteile um Odessa zu haben. Explizit ging es ihm dabei nicht um einen (schein-)selbständigen Staat, sondern ein Gebiet unter direkter militärischer Kontrolle – unter Ausschaltung auch des Ballhausplatzes, um so der Armee alle Ressourcen zu sichern. Aber er konnte sich nicht durchsetzen.⁴⁴

Bei all diesen Zielkonflikten innerhalb der österreichisch-ungarischen Organe und zwischen den Mittelmächten ist es kaum überraschend, dass auch die wirtschaftliche Erschließung nicht vorankam und weder im Sinne einer Integration in den eigenen Machtbereich noch für Zwecke der Ausbeutung erfolgreich war: Das Eisenbahnwesen in der Ukraine war weitgehend privatwirtschaftlich organisiert, eine Einflussnahme gelang nicht. Von Kiew nach Odessa sollte zwar eine neue Strecke gebaut werden, mehr als Gedankenspiele waren indes nicht zu beobachten. Die Wiederinbetriebnahme der Schwerindustrie erwies sich ebenfalls als chaotisch, weil Rohstoffe nicht vorhanden waren und die Ausbeutung der Kohlengruben im Osten des Landes nicht funktionierte. Erneut war es an Deutschland, Kohle zu liefern, um überhaupt Getreide ausführen zu können.⁴⁵

Dazu kam als gravierendes Problem die Landfrage, also die Verteilung der zu einem hohen Anteil in den Händen von Großgrundbesitzern befindlichen Anbauflächen. Viele Kleinbauern waren mit ihren Höfen nicht einmal zur Subsistenzwirtschaft in der Lage, geschweige denn dazu, Überschüsse an die Mittelmächte zu liefern. Diesen sozialen Sprengstoff wollten die Besatzer aber nicht anrühren, weil sie einen wesentlichen Rückgang auch der Getreidelieferungen von den größeren Gütern befürchteten. Im Bestreben, den Status quo zu erhalten, verloren sie viele Sympathien, gewannen aber keine hinzu – und hatten zugleich nicht einmal nennenswerte wirtschaftliche Erfolge. Aber diese Situation erschien ihnen immer noch besser als das befürchtete Chaos.⁴⁶ Erneut muss die Politik also als rein situativ charakterisiert werden, ohne irgendwelche langfristige Perspektive.

44 Wolfram Dornik/Peter Lieb, Die Besatzungsverwaltung, in: dies./Kasianov/Leidinger/Miller/Musial (Hg.), Die Ukraine (wie Anm. 40), S. 249–280, hier S. 268f.

45 Golczewski, Deutsche und Ukrainer (wie Anm. 37), S. 324.

46 Dornik/Lieb, Die wirtschaftliche Ausnutzung (wie Anm. 43), S. 286–288.

Expansion wofür?

Der Generalstab Österreich-Ungarns hatte zwar vor 1914 Überlegungen zur Niederwerfung potentieller Gegner angestellt, aber wie auch das Deutsche Reich verfügte er nicht über Pläne für Okkupationen geschweige denn langfristige Eroberungen und Erweiterungen des eigenen Imperiums.⁴⁷ Schon das sagt viel aus über einen gezielten ‚Griff nach der Weltmacht‘ und die Konkretheit von Expansionsabsichten. Erst nach dem Einmarsch in die jeweiligen Gebiete gab es annexionistische Ideen voller Hybris, nicht selten ventiliert von Privatpersonen und Verbänden. Das galt etwa für den polnischen Fall oder die Ukraine. Diese imperialistischen Pläne hatten, wie etwa im Mitteleuropa-Konzept⁴⁸, vielfach einen Fokus auf ökonomische Aspekte.⁴⁹ Aber sie blieben nicht realisierte Vorstellungen, und tatsächlich scheuten die Mittelmächte endgültige Regelungen über die territoriale Gestalt oder die Verfasstheit der eroberten Gebiete, selbst wenn sie gerne Versprechungen machten. Die Proklamation des Königreichs Polen ist dafür das beste Beispiel – aber sie hatte ihre Ursache ausschließlich darin, dass sonst die geplante Rekrutierung von Soldaten gegen das Kriegsrecht verstoßen hätte, das dies in feindlichen Staaten verbot; in einem nicht feindlichen, weil ‚neuen‘ Staat hingegen war dergleichen erlaubt. Das sagt einiges über die Bedeutung des Kriegsrechts aus, über dessen ‚kreative‘ Auslegung, aber auch über die Ziele der Expansion: Es ging während des Kriegs stets nur um Ressourcen materieller und personeller Art, die Erweiterung des eigenen Imperiums beziehungsweise seines Einflussgebiets wurde dagegen auf die Zeit nach einem Frieden vertagt.

Andererseits lieferte bereits im August 1916 der Sektionsrat Friedrich von Boschan für das Wiener Außenministerium eine bestechend klare Analyse über das besetzte Polen ab. Noch anhand der Vorkriegszahlen belegte er die geringere landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes im Vergleich mit der Doppelmonarchie und kam zu einer eindeutigen Schlussfolgerung: „Ein wirklich namhafter Überschuss, von welchem wir oder Deutschland profitieren könnten, ist in Polen nur bezüglich der Kartoffeln und auch bezüglich dieser Fruchtgattung nur in einem relativ recht eingeschränkten Maße vorhanden.“⁵⁰ Er zog daraus die Schlussfolgerung, dass man bei künftigen Friedensverhandlungen

47 Vgl. Lehnstaedt, *Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen* (wie Anm. 8), S. 70–76.

48 Achim Müller, *Zwischen Annäherung und Abgrenzung. Österreich-Ungarn und die Diskussion um Mitteleuropa im Ersten Weltkrieg*, Marburg 2001.

49 Siehe ganz plakativ: Arthur Dix, *Der Weltwirtschaftskrieg. Seine Waffen und seine Ziele*, Leipzig 1914, S. 39f.

50 Österreichisches Staatsarchiv Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Nl. Boschan/2. Materialien für die Friedensverhandlungen (Ackerbau, Viehzucht und Staatsdomänen in Russisch-Polen), von Sektionsrat Dr. Friedrich von Boschan, August 1916.

mit Russland nur wenig Kompensation für die Rückgabe des Landes fordern könne; dessen wirtschaftlicher Wert sei schlicht zu gering.

Dieses Fazit ist aus zweierlei Gründen bemerkenswert: Zum einen, weil Boshan auf das eroberte Gebiet nur in rein ökonomischer Hinsicht blickte. Zum anderen, weil er selbst nach zwei Jahren Krieg nicht davon ausging, es behalten zu können – oder auch nur zu wollen. Die Dominanz der Ökonomie steht so gegen die Entwicklungen des k. u. k.-Imperialismus nach 1908, der vor allem von militärstrategischen Vorstellungen geprägt war und die bis dato präsen- te Wirtschaft mehr und mehr in den Hintergrund drängte.⁵¹ Aber die Resultate der Okkupationen blieben höchst enttäuschend und weit hinter den optimistischen Erwartungen zurück. Wirtschaftspolitik zeigte sich als eine Art *trial and error*, bei der gleiche Versuche und Fehler in verschiedenen Gebieten wiederholt wurden. Der Grund dafür war zunächst die übersteigerte, unrealistische Erwartungshaltung, die mit ‚Prinzip Hoffnung‘ treffend zu charakterisieren ist. Darüber hinaus waren die Militärs (und nur sie verantworteten die Besetzungen) mit einer effektiven Organisation überfordert – aber das gilt für Deutschlands Okkupationen genauso, und es gilt auch für die heimischen Ökonomien. Die Idee einer vollständigen Lenkung von Volkswirtschaften entstand zwar im Ersten Weltkrieg und erwies sich als enorm wirkmächtig,⁵² entbehrte aber empirischer Erfolge. Die Vorkriegsproduktion, die wohl der einzig sinnvolle Vergleichsmaßstab für ‚Effizienz‘ ist, wurde weder in der Heimat noch in den Okkupationsgebieten erreicht.

Selbstverständlich kann es keine ‚optimale‘ Okkupation geben, weil die Interessen der Besetzten und der Besatzer zuwiderlaufen und die Ausbalancierung immer einen Kompromiss bedeutet – was alleine vielleicht einem Optimum nahekäme. Tatsächlich aber gab es auch keine spezifische k. u. k.-Art der Besatzung, jedenfalls nicht, wenn man die Doppelmonarchie der Vorkriegszeit und ihren Umgang mit ihren verschiedenen Völkern zugrunde legt: Österreich-Ungarns Vorgehen nach 1914 ähnelte viel mehr dem der Deutschen. Langfristige imperiale Absichten standen in einem Konfliktverhältnis mit den kurzfristigen Kriegsnotwendigkeiten. Letztere wurden zudem durch das Völkerrecht begrenzt. Und weil der Denkhorizont ganz anders war als im Zweiten Weltkrieg, unterblieb exzessive Massengewalt gegen Zivilisten. Die Frage, ob Radikalität zu

51 Evelyn Kolm, *Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus* (Europäische Hochschulschriften. Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 900), Frankfurt am Main 2001, S. 305.

52 Werner Plumpe, *Ökonomische Krisen und politische Stabilität in der Moderne*, in: Dariusz Adamczyk/Stephan Lehnstaedt (Hg.), *Wirtschaftskrisen als Wendepunkte. Ursachen, Folgen und historische Einordnungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 33), Osnabrück 2015, S. 25–47, hier S. 31 f.

einer ‚effektiveren‘ Ausbeutung geführt hätte, bleibt daher kontrafaktisch; blickt man allerdings auf den Zweiten Weltkrieg, muss es stark bezweifelt werden.

Wenn also Expansion während des Ersten Weltkriegs vorwiegend ökonomischen Zielen dienen musste, diese aber nicht nur wegen der eigenen Inkompetenz,⁵³ sondern auch wegen der allgemeinen Rahmenbedingungen gar nicht erreichbar waren, wozu dann überhaupt erobern? Diese Frage stellten sich die Zeitgenossen – aus gutem Grund – nicht, denn für einen Sieg war natürlich die Niederringung des Feindes unerlässlich. Man musste dessen Territorium betreten und dabei die eigenen Kosten so niedrig wie möglich halten. Nur so konnte der Krieg überhaupt geführt werden. Und nebenbei betrachtet: er hatte riesige und vollkommen unvorhersehbare ökonomische Implikationen, aber diesbezügliche Überlegungen spielten nur eine sehr nachrangige Rolle.⁵⁴

Expansion ist also das zentrale Mittel zum Sieg und muss bis dahin die eigene wirtschaftliche Belastung reduzieren. In diesem Sinne bedeutet ‚wofür Expansion?‘, die Frage zu stellen, ob die Besetzungen den Besatzern tatsächlich einen ökonomischen Vorteil brachten oder nur noch mehr Kosten verursachten. Wirtschaft berührt mithin den Kern jedes Krieges der Moderne. Nur mit materiellen und personellen Ressourcen kann überhaupt ein Sieg erzielt werden, und wer diese nicht – wie die Mittelmächte – in den eigenen Territorien vorhanden hat, muss sie anderswo besorgen. Im Ersten Weltkrieg bedeutete das vielfach aber nichts anderes, als wie seit Urzeiten aus dem Lande zu leben.

Messbar im Sinne eines *impact factor* ist der ‚Wert‘ von Besetzung nicht; klar ist aber, dass die Erwartungen nicht annähernd erfüllt wurden und auch die absoluten Mengen gering blieben. Für die Mittelmächte wäre – wenn überhaupt – nur mit den vereinten (und vollständig mobilisierten personellen und materiellen) Ressourcen der eroberten Gebiete ein Sieg möglich gewesen. Diese standen aber aus den verschiedensten Gründen nur bruchstückhaft zur Verfügung. Nicht zuletzt in dieser Hinsicht wurde zwischen 1914 und 1918 kein ‚totaler Krieg‘ geführt. Die Expansion als zugleich notwendige und unlösbare Aufgabe hatte daher, so wie sie tatsächlich stattfand, im Grunde nur Nachteile für Österreich-Ungarn. Aber das gilt auch für den Ersten Weltkrieg als Solchen.

53 Zu dieser Interpretation das Fazit bei Lehnstaedt, *Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen* (wie Anm. 8), S. 464.

54 Selbst unter anderen Bedingungen als dem Ersten Weltkrieg war ein ‚Wirtschaftskrieg‘ eher eine theoretische Überlegung. Vgl. Sönke Neitzel, *Von Wirtschaftskriegen und der Wirtschaft im Kriege*, in: Dornik/Gießauf/Iber (Hg.), *Krieg und Wirtschaft* (wie Anm. 41), S. 49–66, hier S. 56.

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2020, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847110606 – ISBN E-Lib: 9783737010603